

Einleitung

Die Vereinigten Staaten gelten als Ursprungsland der Frauenbewegung. Strategien der ‚politischen Ermächtigung‘ (*empowerment*) von Frauen werden jenseits des Atlantiks bereits seit Jahrzehnten diskutiert.¹ Die Arbeit der überwiegend nicht-staatlichen Frauenorganisationen wird im Vergleich zu Deutschland als vorbildlich eingestuft. So urteilt die Politologin Helga Lukoschat:

„Insbesondere im Vergleich zu den USA, wo es zahlreiche unabhängige, parteiübergreifende Einrichtungen zur Nachwuchsförderung, zur Qualifizierung von Frauen und zur Beratung, Unterstützung und Vernetzung von Politikerinnen gibt, nimmt sich die Bundesrepublik nahezu wie ein frauenpolitisches ‚Entwicklungsland‘ aus.“²

Dem marginalen Einfluss nicht-staatlicher Frauenorganisationen in der Bundesrepublik steht jedoch eine staatlich institutionalisierte Struktur gegenüber, innerhalb derer rund 1900 Gleichstellungsstellen über die Chancengleichheit der Geschlechter wachen.³ Zudem kommen hierzulande seit nunmehr zwanzig Jahren innerparteiliche Frauen- und Geschlechterquoten zur Anwendung, und seit Herbst vergangenen Jahres steht eine Frau an der Spitze der Regierung.

Wird nicht somit und nach fast 90 Jahren Frauenwahlrecht in Deutschland und in den Vereinigten Staaten sowie nach vielen weiteren Errungenschaften die alte feministische Behauptung vom Ausschluss der Frauen aus der Politik allmählich unsinnig? Ist nicht die Chancengleichheit bereits erreicht? Und wenn es tatsächlich noch den einen oder anderen Mangel geben sollte, liegt dies dann nicht allein an den Frauen, die endlich beherzter zugreifen müssten? Die Soziologin Barbara Maria Blattert begegnet solchen Mutmaßungen wie folgt:

„Das Recht auf Chancengleichheit und formale Gleichberechtigung garantiert noch nicht die Verwirklichung von Gleichstellung und kann darüber hinaus auch dazu missbraucht werden,

1 Vgl. Meyer. Amerika, hast Du es besser? Zur politischen Partizipation von Frauen in den USA. 36.

2 Lukoschat. Austausch und Vernetzung: Maßnahmen zur Stärkung von Frauen in der Politik. 195. Ebenso sieht es Esch. Instrumente gleichstellungspolitischen Mainstreamings. 207f.

3 Zur Anzahl der Gleichstellungsstellen vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). *Frauen in Deutschland. Von der Frauen- zur Gleichstellungspolitik*. 11.

eine bestehende Ungleichheit zum individuellen Problem zu erklären. (...) Mit diesem Argument, das die Benachteiligung von Frauen in der Konsequenz wiederum als individuelles Problem an die Betroffenen zurückgibt, zieht sogar die Gefahr auf, hinter bereits Erreichtes zurückzufallen. Nach wie vor unberücksichtigt bleiben Einsichten in strukturelle Zusammenhänge.“⁴

Tatsächlich ist für Deutschland festzustellen, dass 20 Jahre institutionalisierte Frauenpolitik einen beachtlichen Fortschritt gebracht haben, der Anteil weiblicher Bundestagsabgeordneter⁵ aber seit acht Jahren mehr oder minder stagniert bzw. in jüngster Vergangenheit sogar Rückschritte erleidet. In den Vereinigten Staaten kann man gar von einem Paradoxon sprechen, das sich auf der einen Seite durch das Selbstverständnis als fortschrittlich(st)e Demokratie sowie durch die lange Geschichte der Frauenbewegung, auf der anderen Seite durch die vergleichsweise geringe Zahl von Frauen in politischen Ämtern kennzeichnet. In den Parlamenten Ruandas, Spaniens und Argentiniens liegt der Frauenanteil über dem in Deutschland, welches sich derzeit auf Platz 16 der Länderliste befindet. Die USA belegten Ende 1999 nur den 40. Platz auf dieser Liste. In den folgenden drei Jahren wurden sie von weiteren 15 Ländern überholt und rangierten im Juli 2002 gemeinsam mit der Slowakei auf Platz 55. Die marginalen Zuwächse der vergangenen Jahre konnten die Talfahrt nicht aufhalten, so dass sich die Vereinigten Staaten heute abgeschlagen auf Platz 69 der ‘Weltrangliste’ weiblicher Parlamentsabgeordneter wieder finden.⁶

4 Blattert. *Aus(sen)wirkungen staatlicher Frauenpolitik. Eine Untersuchung des Verhältnisses von Gleichstellungsstelle und Frauenprojekten in Berlin*. 76 und 71.

5 Bei der Formulierung dieser Arbeit kam es durch die androzentrische Ausrichtung der deutschen Sprache an mehreren Stellen zu dem Problem der geschlechtsneutralen Formulierung. Die Verfasserin hat sich dazu entschlossen, dieses Problem nicht an jeder Stelle durch die Verwendung neuerer sprachlicher Innovationen (wie durch die explizite Nennung beider Geschlechter oder durch das Anfügen weiblicher Wortendungen) zu lösen, sondern grundsätzlich der besseren Lesbarkeit den Vorzug zu geben. Ähnliches gilt in Bezug auf die Begriffe Amerika, Amerikaner sowie amerikanisch, die stellvertretend für die USA und ihre Einwohner verwandt werden.

6 An dieser Stelle mag der Einwand kommen, dass Frauen in beiden Gesellschaften politischen Einfluss auf Ebenen ausüben, die außerhalb der Strukturen der Regierungssysteme liegen. Dies mag zutreffen, dennoch bleibt m.E. das Paradoxon hiervon unberührt; vor allem, wenn man an die Legitimierung einer demokratischen Regierung denkt.

Rank	Country	Lower or Single House			Upper House or Senate		
		Seats	Women	%	Seats	Women	%
1	Rwanda ⁷	80	39	48,8	26	9	34,6
2	Sweden	349	158	45,3	---	---	---
3	Norway	169	64	37,5	---	---	---
4	Finland	200	75	37,5	---	---	---
5	Denmark	179	66	36,9	---	---	---
6	Netherlands	150	55	36,7	75	22	29,3
7	Cuba	609	219	36,0	---	---	---
"	Spain	350	126	36,0	259	60	23,2
8	Costa Rica	57	20	35,1	---	---	---
9	Argentina	257	90	35,0	72	30	41,7
10	Mozambique	250	87	34,8	---	---	---
11	Belgium	150	52	34,7	71	27	38,0
16	Germany	614	195	31,8	62	17	27,4⁸
23	Afghanistan	249	68	27,3	102	23	22,5
"	Viet Nam	498	136	27,3	---	---	---
29	Australia	150	37	24,7	79	27	35,5
30	Mexico	500	121	24,2	128	28	21,9
37	Bulgaria	240	53	22,1	---	---	---
40	Croatia	152	33	21,7	---	---	---
47	China	2980	604	20,3	---	---	---
50	United Kingdom	646	127	19,7	721	126	17,5
55	Peru	120	22	18,3	---	---	---
60	Dominian Rep.	150	26	17,3	32	2	6,3
65	Cyprus	56	9	16,1	---	---	---
69	USA	435	66	15,2	100	14	14,0
77	Ireland	166	22	13,3	60	10	16,7
85	France	574	70	12,2	331	56	16,9

- 7 Mit Ruanda steht ein Entwicklungsland an der Spitze der Tabelle. Hintergrund sind die tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüche in der Folge des Genozids von 1994. Durch die Abwesenheit ihrer Ehemänner (Inhaftierung oder Tod) übernahmen ruandische Frauen in großer Zahl die Funktion des Familienoberhaupts, erschlossen sich unabhängige Einnahmequellen, gründeten Vereine und Organisationen. Der Wunsch nach „gesellschaftlicher Aufarbeitung, Versöhnung und einem demokratischen Neuanfang“ bereitete schließlich den Weg für eine verfassungsrechtlich vorgeschriebene Frauenquote, nach der 24 der 80 Sitze des Abgeordnetenhauses für Frauen reserviert sind. Die Inter-Parliamentary Union übernahm im Prozess der Verfassungsnovellierung eine beratende Rolle und dürfte positiv auf die Entscheidung zur Quoteneinführung eingewirkt haben. Vgl. Thorn. Gender justice auf dem Prüfstand. Lebensbedingungen, Entwicklungschancen und Machtgleichstellung im internationalen Vergleich. (Link siehe Webliographie.)
- 8 Nach eigener Recherche basierend auf den Mitgliederlisten des Deutschen Bundesrats sind unter den insgesamt 69 Mitgliedern des Deutschen Bundesrats derzeit zwölf Frauen, was einem Anteil von 17,4 Prozent entspricht. Vgl. *Deutscher Bundesrat*. Liste der Mitglieder nach Bundesländern. (Link siehe Webliographie.)

Rank	Country	Lower or Single House			Upper House or Senate		
		Seats	Women	%	Seats	Women	%
89	Italy	616	71	11,5	321	26	8,1
95	El Salvador	84	9	10,7	---	---	---
100	Russian Fed.	447	44	9,8	178	6	3,4
105	Japan	480	43	9,0	242	34	14,0
109	India	543	45	8,3	242	28	11,6
115	Kenya	224	16	7,1	---	---	---
127	Turkey	550	24	4,4	---	---	---
134	Egypt	442	9	2,0	264	18	6,8
138	Saudi Arabia	150	0	0,0	---	---	---
"	Unit. Arab Emi.	40	0	0	---	---	---

Abb. 1: Auszug aus der 'Weltrangliste' weiblicher Parlamentsabgeordneter (Stand Februar 2006)⁹

Neben der erwähnten, widersprüchlich anmutenden Situation in den USA (demokratisches Selbstverständnis und etablierte Frauennetzwerke *versus* andauernde Unterrepräsentation von Frauen in der Politik) war das Vorhandensein einer weiteren 'Unstimmigkeit' für diese Arbeit motivationsstiftend: Es ist eine gängige Annahme in der Geschlechterforschung, dass die vorgelagerten gesellschaftlichen Barrieren für die Unterrepräsentation von Frauen in der Politik zu einem größeren Teil verantwortlich sind als spezifische Strukturen innerhalb der politischen Systeme. In diesem Sinne argumentiert beispielsweise die Soziologin und Politikwissenschaftlerin Beate Hoecker:

„[D]er derzeitige Forschungsstand [belegt] eindeutig, dass die geringe weibliche Präsenz im politischen Entscheidungsprozess vorrangig auf strukturellen Barrieren aus dem gesellschaftlichen Bereich beruht. Die nach wie vor bestehende soziale Ungleichheit von Frauen, die wiederum Resultat der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sowie der damit verbundenen traditionellen Geschlechterrollen ist, setzt sich in den politischen Institutionen fort, und begrenzt die Beteiligungschancen von Frauen.“¹⁰

9 Übersicht erstellt basierend auf Angaben der Inter-Parliamentary Union (IPU). Women in National Parliaments: World Classification. (Link siehe Webliographie.) Eine Studie im Auftrag des World Economic Forum stellte 2005 ein internationales Ranking auf, welches nicht nur die Anzahl weiblicher Abgeordneter, sondern auch den Frauenanteil an politischen Führungspositionen berücksichtigt. Hiernach findet sich die Bundesrepublik auf Platz 6, die Vereinigten Staaten auf Platz 19 von 58 Ländern wieder. Vgl. Lopez-Claros and Zahidi. Women's Empowerment: Measuring the Global Gender Gap. (Link siehe Webliographie.)

10 Hoecker. *Geschlechterdemokratie im europäischen Kontext. Die Konzepte der Europäischen Union zur Förderung der politischen Beteiligung von Frauen*. Hoecker bezieht diese Aussage auf die Unterrepräsentation von Frauen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union und

Ausgehend hiervon wäre für einen Ländervergleich zu schlussfolgern, dass die gesellschaftlichen Barrieren in der Bundesrepublik niedriger sind als in den USA, da der Anteil von Frauen in politischen Ämtern hier wesentlich über dem in den Vereinigten Staaten liegt. Wie aber konnten sich unter dem traditionellen bundesrepublikanischen Leitbild der Hausfrauenehe günstigere gesellschaftliche Strukturen herausbilden als unter der individualistisch veranlagten und an Leistung orientierten Gesellschaft der Vereinigten Staaten?¹¹ Spielen die Strukturen innerhalb der politischen Systeme doch eine größere Rolle als angenommen? Oder führt das universelle Übertragen geschlechtertheoretischer Ansätze, obwohl durchaus üblich, wie die Vorgehensweise Hoeckers zeigt, zu gravierenden Fehl einschätzungen?

Forschungsstand und Quellenlage

Zur weiteren Einstimmung folgen nun einige grundlegende Anmerkungen zum Bereich der Geschlechterforschung sowie zum aktuellen Forschungsstand. Unter *gender*, einem Begriff, der ursprünglich aus der Grammatik stammt, versteht man „soziokulturelle Funktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit“.¹² *Gender* ist dabei nicht kausal mit dem biologischen Geschlecht verknüpft, sondern ist eine kulturelle Interpretation, die dem Individuum über eine Geschlechterrolle einen Platz innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung zuweist. In diesem Zusammenhang ist eine Grundannahme dieser Arbeit, dass zwischen Geschlechterrollen (*gender roles*) und politischen Rollen eine Beziehung besteht. Wie Virginia Sapiro, Lehrende an der Universität von Wisconsin, ausführt, werden innerhalb der Geschlechterrollen unterschiedlich große Ressourcen zur Verfügung gestellt, die für die Übernahme politischer Rollen notwendig sind. Hierzu zählen beispielsweise Zeit, Geld oder die Möglichkeit der Kommunikation mit bestimmten sozialen Gruppen. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass Normen, Werte oder Bedürfnisse, die in den Geschlechterrollen verankert sind, in unterschiedlichem Maße kongruent sind mit den Normen, Werten oder Bedürfnissen, die politischen Rollen zugeschrieben sind.¹³ Es geht bei dieser Arbeit also nicht nur um das Aufzeigen von Disparitäten in der politischen Repräsentation von

postuliert somit eine weitreichende Übertragbarkeit der Annahme von der herausragenden Bedeutung gesellschaftlicher Strukturen – und zwar unabhängig von verschiedenen politischen Systemen.

11 Zu den staatlich propagierten Frauen-Leitbildern vgl. Teil B, Kapitel 3 dieser Arbeit.

12 Feldmann und Schülting, *Gender*. 217.

13 Vgl. Sapiro. *The Political Integration of Women: Roles, Socialisation, and Politics*. 60f.